

Monarchie und Moderne: Zusammenfassung

Die Rückkehr der konstitutionellen Monarchie von 1814 führte zu einer neuen Hochphase des französischen Bürgertums. Der König und seine Regierung waren auf die bewaffneten Bürger angewiesen, um wirksam für die öffentliche Ordnung im Land zu sorgen und das Gewaltmonopol an sich zu ziehen. Hier zeichnete sich ab, dass das Regime Ludwigs XVIII. auch revolutionäre Institutionen integrieren musste, um seinen Platz in der Gesellschaft zu behaupten. Einschlägige Untersuchungen haben die Organisation der Nationalgarde herausgearbeitet, die auf königlichen Verordnungen beruhte, die zu keinem Zeitpunkt vollständig zur Anwendung gebracht wurden. Der Umfang der Nationalgarde blieb im Verhältnis zur Bevölkerung begrenzt. Die Regierung arbeitete darauf hin, sie zu einer Reserveeinheit zu machen, was mit dem Geist vom Juli 1789 wenig gemein hatte.

Napoleons Rückkehr von 1815 brachte zum Vorschein, wie gespalten die bewaffneten Bürger waren und wie stark divergierende Deutungsmuster wirkten, die jeweils konkurrierenden Erfahrungsräumen entsprangen und zu gegensätzlichen Mobilisierungstendenzen führten. Das Regime der Bourbonen reagierte während seiner zweiten Rückkehr darauf widersprüchlich. König und Regierung sahen das Vertrauen gebrochen, das sie in die Nationalgarde gesetzt hatten: Auch wenn die bewaffneten Bürger eine zentrale Rolle in der Außerdarstellung der Monarchie spielen sollten, so wurde auf Seiten des Innenministeriums die Organisation dieser Formation sehr viel halbherziger betrieben. Die Ultraroyalisten unter der Führung des Herzogs von Artois nutzten diese Situation aus und zogen das Kommando an sich: Sie suchten ihren Einfluss im Land zu stärken, die bewaffneten Bürger auf ihre Seite zu ziehen und so das Prinzip der Volksbewaffnung für die eigenen Interessen auszunutzen. Die zweite Restauration bot hier die Gelegenheit, ein zentrales Ministerium mit Kompetenzen für das gesamte Königreich aufzustellen. Im Zusammenhang mit dem Weißen Terror, an dem sich auch Angehörige der Nationalgarde beteiligten, zeigte sich die ambivalente Rolle von Artois, der die Bewaffnung der Royalisten im Süden von Frankreich nicht zu unterbinden suchte und diese im Gegenteil gewähren ließ.

Auf die Episode der Hundert Tage und das Aufbrechen der ideologischen Gräben reagierte Ludwig XVIII. mit einer spezifischen Symbolpolitik, die der Abschirmung der Nationalgarde von den politischen Auseinandersetzungen im Land und der exklusiven Verpflichtung auf den Thron diente. Kennzeichen dieser Politik war eine Vermischung vormoderner Darstellungsformen monarchischer Herrschaft mit postrevolutionären Motiven. Diese hybride Repräsentation bildete auf markante Weise die Erfahrungsbrüche seit 1789 ab. Ludwig suchte mit Hilfe der Nationalgarde die Legitimität der Monarchie zu stärken. Dies ging nach 1815 mit der Propagierung der sakralen Eigenschaften des Königs einher, welche mit Hilfe von Initiationsriten wie des in den Legionen praktizierten Effigienkultes und des öffentlichen Eids Bestandteil der Pariser Einheiten wurden. Die Schaffung öffentlicher Symbole mit dem Ziel der Herrschaftslegitimierung brachte jedoch die fehlende Legitimierung der Monarchie nach modernem politischen Verständnis erst zum Vorschein. Darstellungen zur Flucht Ludwigs XVIII. am Vorabend der Rückkehr Napoleons betonten die emotionale Bindung zwischen den bewaffneten Bürgern und dem König. Damit knüpften sie implizit an den Militärkult von Revolution und Kaiserreich an und rückten das Bild des Bürgersoldaten verstärkt in den Vordergrund.

Tatsächlich hatte die Revolution in Rennes gezeigt, dass die Berufung der Bürger in Waffen und Uniform die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Neutralisierung radikaler Gruppen erlaubte. Dies erschien als Garantie für die Etablierung des bourbonischen Gewaltmonopols, woran Präfekt und Bürgermeister nach 1814 anknüpften. Innerhalb des Bürgertums von Rennes hatten Vertreter des Handwerks und des Handels eine dominante Position. Sie vertraten die *petite bourgeoisie*, die sich durch ihre wirtschaftliche Bedeutung auszeichnete und aus der bis zur Mitte des Jahrhunderts die französische Mittelklasse hervorging. Über die Hundert Tage hinaus hatten sie ein Interesse am Erhalt der konstitutionellen Monarchie, die zu einem Ende der wirtschaftlichen Belastungen des Kaiserreichs führte. Darüber hinaus verschaffte das Wahlgesetz von 1817 den »cent écus« Zugang zu den Urnen; die postrevolutionäre Gesellschaft war an diesem Punkt durchaus mit der zurückkehrenden Monarchie vereinbar, deren Regierung die Interessen des Bürgertums anfangs verteidigte. In den zeitgenössischen Quellen war das Konzept der politischen Partizipation nicht ausdrücklich – etwa als Forderung – formuliert, wobei in vielen Dokumenten ein Bewusstsein für die Verbindung zwischen dem Dienst im Rahmen der öffentlichen Ordnung und der politischen Mitsprache durchschien.

Dagegen war in Lyon die Organisation der Nationalgarde in einem hohen Maße von der negativen Revolutionserfahrung der Stadt bestimmt, die sich auf das Jahr 1793 konzentrierte. Die lokale Verwaltung verband mit dem Sturz des Ancien Régime den Verlust der traditionellen Ordnung. In der Umbruchsphase von 1814/15 gelang es ihr, Schlüsselpositionen im Generalstab und Offiziers-

korps mit bekennenden Ultraroyalisten zu besetzen. Außerdem sorgte Präfekt Chabrol für die Wiedererrichtung der Artillerie, einer sorgsam ausgewählten Freiwilligentruppe. In einem umfangreichen Zeremoniell wurden die Lyoner Bürger für die symbolische Rückgewinnung und Neubesetzung wichtiger Orte und Plätze in der Stadt eingesetzt.

Diese Reorganisation verfiel bei Kameraden und Offizieren, aus deren Sicht die Rückkehr der Bourbonen mit einer Aufwertung der Nationalgarde einherging. Diese Aufwertung war Ausdruck für die Rückgewinnung lokaler Autonomie, die die Stadt seit dem Aufstand gegen den Konvent verloren hatte und in einem breiteren Kontext das Verhältnis zur Hauptstadt bestimmte. Eingaben und Forderungen von Offizieren und Gardisten zeigten, dass die offiziellen Initiationsriten und Ordensverleihungen eine hohe Anziehungskraft hatten, dass die Einsätze für die öffentliche Ordnung als Dienst an der Monarchie interpretiert wurden und dass schließlich ein neues Patriotismusverständnis aufkam, das sich von dem Erfahrungsraum in den anderen Städten grundlegend unterschied. So war es der Kampf nicht für, sondern gegen die Revolution und die Herrschaft der Jakobiner, der aus Sicht der bewaffneten Bürger ein Verdienst am Vaterland darstellte und nach 1814 gedenkwürdig war.

In Paris stellte sich die Situation ganz anders dar. Hier verweigerten Nationalgardisten quer durch Offizierskorps und Truppe den Gehorsam, denn sie sahen das Erbe der Revolution und damit ihre eigene Institution in Gefahr. Diese verschaffte dem Bürgertum ein soziales Ansehen und stellte einen Ort dar, an dem eine unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten seit 1789 zu gesellschaftlichem Einfluss gelangte Elite ihren Status erhalten und weiter ausbauen konnte. Dabei handelte es sich um eine Riege von Notabeln, die von der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und den Besitzumschichtungen der Revolution in hohem Maße profitierte. Mehr als die Hälfte der Offiziere hatte das aktive Wahlrecht, ein Drittel das passive. Viele von ihnen nutzten die Nationalgarde als Plattform, um die eigene Karriere in Politik und Verwaltung zu fördern. Angehörige der Elitekompanien pflegten darüber hinaus einen Uniform- und Waffenkult, der ihnen öffentliches Prestige verlieh und eine Reminiszenz an die glorreichen Kapitel der Revolution darstellte.

Die Entwicklung der Nationalgarde war zugleich davon abhängig, welchen Platz sie im institutionellen Gefüge des Staates erhielt. In dieser Hinsicht waren die Reform der Armee und die Reserveregulierung von 1818 ein Wendepunkt. Die Debatten zeigten, welche Bedeutung die Nationalgarde für die Exemplifizierung spezifischer Ordnungsvorstellungen hatte. Der Ultraroyalist Bonald sah mit den bewaffneten Bürgern, die zu diesem Zeitpunkt noch unter dem direkten Kommando des Artois-Ministeriums standen, die Möglichkeit, die Streitkräfte exklusiv auf die Monarchie zu verpflichten. Damit schuf er die paradoxe Situation, für den Erhalt einer revolutionären Institution einzutreten, was die Abgeordnete

ten der unabhängigen Linken als ihr Vorrecht betrachteten. Abgeordnete wie Jordan oder Militärtheoretiker wie General Tarayre suchten nach einem Weg, die Trennung von Gesellschaft und Militär zu überwinden und die Isolierung der Streitkräfte zu beenden. Für liberale Vordenker war die Armee ein Instrument autokratischer Herrschaft; mit der Bürgermiliz hingegen ließen sich spontaner Elan und Verteidigungsbereitschaft aus der Mitte der Bevölkerung heraus einer geeigneten Disziplin unterwerfen, die im Sinne der Constant'schen Streitkräfteordnung die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und im Bedarfsfall die Verteidigung der Landesgrenzen erlauben würde.

In der Folge knüpften die Angehörigen der Nationalgarde auf lokaler Ebene verstärkt an überkommene Traditionen und Gebräuche an. Dies ist eine zentrale Erkenntnis der vorliegenden Untersuchung: Die unvollendete Integration der Nationalgarde, die an dem mangelnden Bekenntnis der Monarchie zu den Errungenschaften der Revolution scheiterte, führte dazu, dass der revolutionäre Erfahrungsraum auf besondere Weise virulent wurde. Alle drei Städte hatten mit dem Problem der nachlassenden Disziplin und des mangelnden Dienstefers zu kämpfen, wobei der Generalstab aufgrund des fehlenden Gesetzes kaum Handhabe zur konsequenten Ahndung disziplinarischer Vergehen hatte. Hier kam einmal mehr das Dilemma monarchischer Herrschaft zum Vorschein: Ein direktes Anknüpfen an die Streitkräfte der Revolution und eine Institutionalisierung der Nationalgarde war aus Sicht des Königs nicht möglich, da damit die Revolution offen sanktioniert und das Ende des Ancien Régime endgültig besiegelt worden wäre. Damit beraubte sich das Regime aber auch der Stütze, die es im Bürgertum und in dessen Loyalität zur konstitutionellen Monarchie hätte finden können.

In dieser Situation wurden Forderungen laut, die Nationalgarde wieder auf ihr revolutionäres Erbe zurückzuführen und entsprechend zu reformieren. In Rennes wurde der Einsatz für die öffentliche Ordnung als unveräußerliches Prärogativ des Besitzbürgertums betrachtet. Die Unterzeichner der in diesem Zusammenhang analysierten Petition kritisierten, dass Einwohner ihren Dienst versahen, die aufgrund ihres fehlenden Vermögens und ihrer niedrigeren sozialen Position gar nicht dafür geeignet waren. Darüber hinaus knüpften sie an die Bedeutung der Nationalgarde für das repräsentative System an, womit sie auf die Figur des revolutionären Aktivbürgers abhoben, ohne zugleich eine größere politische Partizipation und die Ausweitung des Wahlrechts zu fordern. Das exklusive Recht auf das Tragen von Waffen und die Verteidigung der öffentlichen Ordnung überwogen offenbar in der Wahrnehmung der Petenten, während Besitz als entscheidend galt, um dieses Privileg einnehmen zu können.

Auch die Kameraden aus Lyon sahen ihren Einsatz für die öffentliche Ordnung nicht ausreichend honoriert. In der Folge, und das ist eine Besonderheit dieser Stadt, verwiesen die Bürger auf ihr Verdienst, für den Schutz der

Gemeinde und ihrer Bürger zu sorgen. Damit rekurrten sie auf einen Erfahrungsraum, der auf die seit den Religionskriegen sich herauskristallisierende Rechte und Pflichten des Stadtbürgertums verwies. Die Lyoner Nationalgardisten grenzten sich vor dem Hintergrund von 1793 nicht nur von der Revolution, sondern im Zusammenhang mit der verfehlten Streitkräftepolitik auch von der Monarchie ab. Sie verteidigten die Unabhängigkeit ihrer Gemeinde, während der Dienst zunehmend von Einwohnern versehen wurde, die nicht zum Besitzbürgertum gehörten, aufgrund der Stellvertreterregelung aber in die Kompanien der Nationalgarde eintraten.

Dass die Adhäsionskräfte der Bourbonen immer mehr abnahmen, macht das Beispiel von Paris deutlich, wo Monarchie und Bürgertum in eine Vertrauenskrise geraten waren. Im Unterschied zu Lyon trat hier der Bezug zur Revolution und der Verfassung von 1791 in den Petitionen für eine Gesetzesinitiative deutlich hervor. Dazu gehörten Forderungen, die Offizierswahlen wiederherzustellen, die als distinktives Privileg des bewaffneten Bürgers betrachtet wurden und sein Mitspracherecht in Bezug auf das Offizierskorps sicherstellten. Auch setzten sich Nationalgardisten für den Schutz des Parlaments und der Abgeordneten ein. Dies zeigte die Überzeugung sowohl der Angehörigen der Truppe als auch der Unteroffiziere und Offiziere, dass die gegenwärtige politische Ordnung nur auf der Grundlage liberaler Institutionen existieren konnte, zu denen an erster Stelle die Verfassung gehörte, die mit dem zunehmend reaktionären Kurs der Regierung nach dem Attentat auf Berry aber immer mehr in Gefahr geriet. Der Spanienfeldzug vermochte vor diesem Hintergrund die Popularität des Regimes kaum zu steigern, dagegen trat die Erinnerung an die revolutionären Kriege und den vergangenen Ruhm der französischen Streitkräfte umso stärker in den Vordergrund. Gerade im Bereich der Kunst knüpften Nationalgardisten und Kaiserreichsveteranen an den Triumph der Revolutionstruppen an. Der gegenwärtige Zustand des Militärs deutete vor diesem Hintergrund auf den Niedergang der liberalen Gesellschaft hin, die mit der Auflösung der Nationalgarde im April 1827 einen schweren Rückschlag hinnehmen musste.

